

# **Die Schweizer Lokalparteien im Wandel. Aktuelle Entwicklungstendenzen gefährden die politische Stabilität**

Andreas LADNER

---

## Zusammenfassung

Den Lokalparteien kommt in der Schweiz nicht nur eine grosse Bedeutung zu, sondern sie haben auch entscheidend zur politischen Stabilität des Landes beigetragen. Nicht zuletzt dank den direktdemokratischen Einrichtungen haben sie sich bereits relativ früh herausgebildet und eine grosse Verbreitung gefunden. In den letzten Jahren macht sich der politische Wandel jedoch auch bei den Lokalparteien bemerkbar. In den kleineren Gemeinden verlieren die Lokalparteien an Bedeutung und immer mehr Parteilose nehmen Einsitz in die Gemeindeexekutiven. In den mittleren und grösseren Gemeinden finden sich demgegenüber vor allem gemeindespezifische Gruppierungen und kleinere Parteien, welchen den traditionellen Parteien Konkurrenz machen, wobei die Vormachtstellung der vier Bundesratsparteien noch kaum gefährdet ist. Im Hinblick auf die Zukunft der Parteien werden die Entwicklungen auf kommunaler Ebene nicht unwichtig sein. Ein Bedeutungsverlust der Lokalparteien und eine Lockerung des Verhältnisses zwischen den Lokalparteien und ihren übergeordneten Parteiorganisationen wird die politische Stabilität der Schweiz wesentlich beeinträchtigen.

## **Einleitung**

Den politischen Parteien wird in der Schweiz im allgemeinen eine *schwache Stellung* attestiert (vgl. z.B. Rhinow 1986: 105; Longchamp 1994: 25; Rickenbacher 1995: 13). Die nationalen Parteiorganisationen sind verhältnismässig klein und nur mit beschränkten Ressourcen ausgestattet. Sie haben vielfach Mühe, ihre Sektionen auf einen einheitlichen Kurs zu verpflichten, wie dies, vor allem bei den bürgerlichen Parteien, am Beispiel der Parolenfassung für eidgenössische Abstimmungen immer wieder zum Ausdruck

kommt (Hug 1994: 89). Und schliesslich weisen auch die fehlende Verankerung der Parteien in der Verfassung und die über weite Strecken fehlende finanzielle Unterstützung durch den Staat darauf hin, dass den politischen Parteien gesamtschweizerisch keine zentrale Bedeutung zukommt. Häufig und nicht ganz zu unrecht werden die nationalen Parteien lediglich als Dachorganisationen ihrer kantonalen Sektionen bezeichnet (Fagagnini 1978: 75).

Vor allem in den 80er Jahren wurde vor dem Hintergrund der damals erstarkenden sozialen Bewegungen, den damals noch einflussreicheren Interessenverbänden und den in die Politik vordrängenden Medien auf spezifischen Faktoren und schweizerische Eigenheiten hingewiesen, welche für die schwache und dem Anschein nach immer schwächer werdende Stellung der Parteien verantwortlich sind (vgl. z.B. Gruner 1984; Kriesi 1986; Joye und Papadopoulos 1986; Neidhart 1986; Rhinow 1986):

Der *föderalistische Staatsaufbau* erweist sich als standhafte Barriere gegen die Herausbildung starker und zentralisierter nationaler Parteiorganisationen. Die Parteien finden sich je nach Kanton in unterschiedliche Parteiensysteme eingebunden und sind nicht in allen Kantonen in den selben Segmenten der Bevölkerung verankert. Die nationalen Parteien sehen sich zu grossen Integrationsleistungen gezwungen und mit einem enormen Koordinationsaufwand konfrontiert. Die Kantonalparteien sind demgegenüber ungleich stärker (vgl. Hug 1994: 86; Neidhart 1986: 41; Seiler 1987: 119). Konflikte innerhalb der Parteien sind geradezu vorprogrammiert. Allerdings erhöht der dezentralisierte Parteiaufbau auch die Flexibilität im Umgang mit lokalen und regionalen Gegebenheiten (Kriesi 1986: 337).

Die *direkte Demokratie* hat zwar entscheidend zur frühen Herausbildung der politischen Parteien in der Schweiz beigetragen (vgl. Gruner 1977: 25ff.), sie schwächt jedoch auch ihre Stellung im politischen System (vgl. Gruner 1984: 150). In Abstimmungskämpfen überflügeln finanzkräftige Interessenverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen die Parteien. Mit der direkten Demokratie verknüpft ist eine geringere Bedeutung der Wahlen, was zusätzlich das Gewicht der politischen Parteien schmälert.

Das *Konkordanzsystem* ermöglicht den grossen Parteien eine kontinuierliche Beteiligung an der Regierung und hat somit eine ausserordentlich stabilisierende Wirkung auf das Parteiensystem (vgl. Kriesi 1986: 337). Es führt aber gleichzeitig zu einer Zählung oppositioneller Strömungen und erschwert eine klare politische Profilierung.

Konkordanz, direktdemokratische Einrichtungen und Proporzwahlverfahren zeichnen verantwortlich für das Schweizerische *Vielparteiensystem*. Auf der einen Seite können dadurch parteiinterne Konflikte vermieden werden, weil eine grössere Zahl an unterschiedlichen Parteiprogrammen angeboten

wird und weil neben Widerstand immer auch Austritt (vgl. Hirschmann 1974) als reale Handlungsalternative besteht. Andererseits ist eine klare politische Positionierung in einem Vielparteiensystem auch deutlich schwieriger.

Schliesslich schwächt auch das *Milizsystem* die Stellung der Parteien. Zwar entstehen durch die Rollenverbindungen der gesellschaftlichen und politischen Subsysteme (vgl. Neidhart 1986: 42) durchaus auch Vorteile, der grösste Teil der politischen Arbeit wird jedoch von Feierabendpolitikern verrichtet und bleibt über weite Strecken unprofessionell. Die Parteien können zudem ihren Mitgliedern häufig nur zu unbezahlten Milizämtern verhelfen, so dass Ämterpatronage den Parteien nur in beschränkter Masse zu steigender Attraktivität verhilft.

Anders präsentiert sich die Situation in den Kantonen und vor allem auch auf *lokaler Ebene*. Obwohl die Gemeinden in der Schweiz mehrheitlich sehr klein sind, was grundsätzlich die Nachfrage nach politischen Organisationen schwächt, sind sie verhältnismässig autonom und verfügen über weitreichende Entscheidungskompetenzen. Daraus resultiert nicht nur eine breite Palette von Aufgaben und lokalpolitischen Fragen, sondern es entsteht auch ein Bedarf an politischer Orientierung.

Die charakteristischen Eigenschaften, welche auf nationaler Ebene zu schwachen Parteien führen, sind in den Gemeinden entweder nicht vorhanden oder schwächer ausgeprägt. Für die lokalen Parteiorganisationen sind die nachteiligen Auswirkungen des Föderalismus kaum spürbar, da sie sich in der Regel auf ihre politische Ebene beschränken. Die direkte Demokratie wird zwar auch in den Gemeinden praktiziert, die Rolle der Interessenverbände ist jedoch weniger wichtig und es sind häufiger die politischen Parteien selbst, welche sich den direktdemokratischen Einflussmitteln bedienen. Die Zahl der Parteien ist in den Gemeinden geringer. Und schliesslich sind zeitliche und fachliche Anforderungen der lokalen Politik noch eher im Milizsystem zu erfüllen als auf höherer politischer Ebene.

Aus diesen Gründen erstaunt es denn auch nicht, dass in der Schweiz trotz schwachen nationalen Parteien *zahlreiche Lokalparteien* organisiert sind, welche eine *wichtige Rolle in der Lokalpolitik* spielen (Ladner 1991; Geser et al. 1994).<sup>1</sup> Lediglich ein Drittel der Schweizer Gemeinden kennen keine lokalpolitischen Gruppierungen. Es sind dies vor allem Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. Ab 1000 Einwohnern gibt es

---

<sup>1</sup> Unter Lokalparteien werden hier politische Gruppierungen verstanden, welche sich an den lokalpolitischen Auseinandersetzungen beteiligen und in der Regel Kandidaten für die verschiedenen politischen Ämter aufstellen. Zu 90 Prozent handelt es sich dabei um Sektionen von Parteien, die auch auf nationaler Ebene organisiert sind (Lokalsektionen). Rund 10 Prozent dieser Gruppierungen sind nicht überlokal eingebunden (gemeindespezifische Gruppierungen).

kaum mehr Gemeinden ohne lokale Parteien. Die Zahl der lokalpolitischen Gruppierungen insgesamt beläuft sich auf gegen 6000.<sup>2</sup>

### **Herausbildung der Schweizer Lokalparteien und aktuelle Wandlungstendenzen**

Die Schweizer Parteien begannen sich gegen Mitte des 19. Jahrhunderts herauszubilden. Sie entstanden jedoch nicht aus Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees wie in anderen Ländern, sondern direkt als Organisationen des wahl- und stimmberechtigten Volkes (Gruner 1977: 25 ff.).

Geteilt sind die Ansichten darüber, wie die Parteigründungen initiiert worden sind. Gruner (1977: 25ff.) bezeichnet die Parteien als "Kinder der Volksrechte" und verweist auf die konstitutive oder gar ursächliche Wirkung des allgemeinen Wahlrechts und der ausgedehnten Volksrechte (Referendum). Abstimmungskämpfe in verschiedenen Kantonen hatten eigentliche Massenbewegungen ausgelöst, aus denen sich die Parteien herausgebildet haben. In diesem Sinne würde es sich bei der Herausbildung der Parteien um eine durch die Volksrechte in Gang gesetzte Basismobilisierung handeln, die direkt in Volks- oder Massenparteien mündete, wie sie anderswo erst viel später entstanden sind. Belegt mit Fallstudien wird dem von Jost (1986: 324) entgegengehalten, dass die Parteien aus bereits existierenden nicht-politischen Gesellschaften und den zahlreichen Zirkeln von Notablen hervorgegangen sind. Der eigentliche Auslöser kommt "von oben". Die Massenbewegungen sind lediglich momentane Eruptionen, provoziert und gesteuert von einer politischen Elite, welche sich bereits Ende des 18. Jahrhunderts formiert hatte und mit den verschiedenen Gesellschaften und Zirkeln ein eigentliches Kommunikationssystem herauszubilden vermochte (Jost 1986: 324). Wie dem auch sei, sicher ist, dass die Schweizer Parteien bereits relativ früh breitere Kreise der Bevölkerung erfassten.

Während im Deutschland der Nachkriegszeit Lokalparteien (vor allem auf dem Lande) erst seit der Gebietsreform Ende der 60 Jahre Fuss fassen

---

<sup>2</sup> Die in diesem Paper präsentierten empirischen Daten stammen aus drei am Soziologischen Institut der Universität Zürich durchgeführten gesamtschweizerischen Erhebungen: Eine Befragung der Gemeindeschreiber im Jahre 1988 (Gemeindeschreiberbefragung 1988; vgl. dazu Ladner 1991), eine 1990 im Rahmen des NF-Projekts "Schweizerische Ortsparteien: ihre Organisation, Aktivität und Stellung im sozialen und politischen Spannungsfeld der Gemeinde" (Nr. 1.772-0.88) durchgeführte Befragung der Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten sämtlicher lokalpolitischer Gruppierungen (Lokalparteipräsidentenbefragung 1990, vgl. dazu Geser et al. 1994) und eine wiederum im Rahmen eines Nationalfondsprojekts über den Wandel und die Leistungsgrenzen der Schweizer Gemeinden (Nr. 12-33586.92) durchgeführte erneute Befragung der Gemeindeschreiber (Gemeindeschreiberbefragung 1994).

konnten (Schneider 1991: 135),<sup>3</sup> begannen sich in den Schweizer Gemeinden bereits um die Jahrhundertwende Lokalsektionen zu formieren. Der Blick auf das Gründungsdatum der heute bestehenden Lokalsektionen zeigt (vgl. Grafik 1), dass etliche unter ihnen schon zwischen 1890 und 1900 entstanden sind.<sup>4</sup> In verschiedenen Kantonen wurden damals erste Lokalsektionen der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) gegründet.<sup>5</sup> Die Hauptgründungsphase der Lokalsektionen der Sozialdemokratischen Partei (SP) fällt demgegenüber in die Zeit zwischen 1910 und 1920.

Zu Parteigründungen kam es zu dieser Zeit nicht nur in den regionalen Zentren und Kantonshauptorten, sondern ebenso in kleineren Gemeinden. Es ist anzunehmen, dass je nach Bevölkerungsstruktur und politischen Präferenzen in den Gemeinden relativ eigenständige politische Gruppierungen entstanden sind, die sich dann einer bestimmten Parteirichtung angeschlossen haben. Wenig wahrscheinlich ist die Vorstellung, dass die Herausbildung des lokalen Parteiensystems einem von den Zentren ausgehenden Kolonialisierungsprozess gleichkommt.

Von den heute existierenden Lokalparteien können praktisch ausschließlich die Lokalsektionen der vier grossen und heutigen Bundesratsparteien auf eine längere Geschichte zurückblicken. Die anderen Gruppierungen und Parteien sind erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Erscheinung getreten. Die Zahl ihrer Neugründungen scheint jedoch kontinuierlich anzusteigen.

Die Bundesratsparteien ihrerseits verzeichnen eine zweite Gründungswelle zwischen 1970 und 1990. Rund ein Drittel ihrer Lokalsektionen wurden nach Angaben der Parteipräsidenten in dieser Zeit ins Leben gerufen. Mehr als 20 Prozent der heute bestehenden Lokalsektionen wurden dabei in den 70er Jahren gegründet. Aufgeschlüsselt nach Parteien waren es etwas mehr als 30 Prozent der CVP-, mehr als 20 Prozent der SVP- (Schweizerische Volkspartei), gegen 20 Prozent der FDP- und etwas mehr als 10 Prozent der SP-Lokalsektionen. In den 80er Jahren ist die Zahl der Neugründungen wieder etwas zurückgegangen, sie belief sich aber immer noch auf rund 13 Prozent sämtlicher Lokalsektionen.

---

<sup>3</sup> In der Bundesrepublik hat es in grossflächigen Gemeinden und kleineren Landstädten zwar bereits vor der Gebietsreform Parteien gegeben, das Parteizeitalter in den Dörfern brach jedoch erst mit der Gebietsreform Ende der 60er Jahren an (Schneider 1991: 157).

<sup>4</sup> Diese Angaben stammen aus der Parteipräsidentenbefragung von 1990 (vgl. Fussnote 2). Aus dem Gründungsdatum der heute bestehenden Lokalsektionen kann jedoch nur beschränkt auf den zur Zeit vorherrschenden Grad der lokalpolitischen Organisiertheit geschlossen werden, da allfällige Parteiauflösungen nicht berücksichtigt sind.

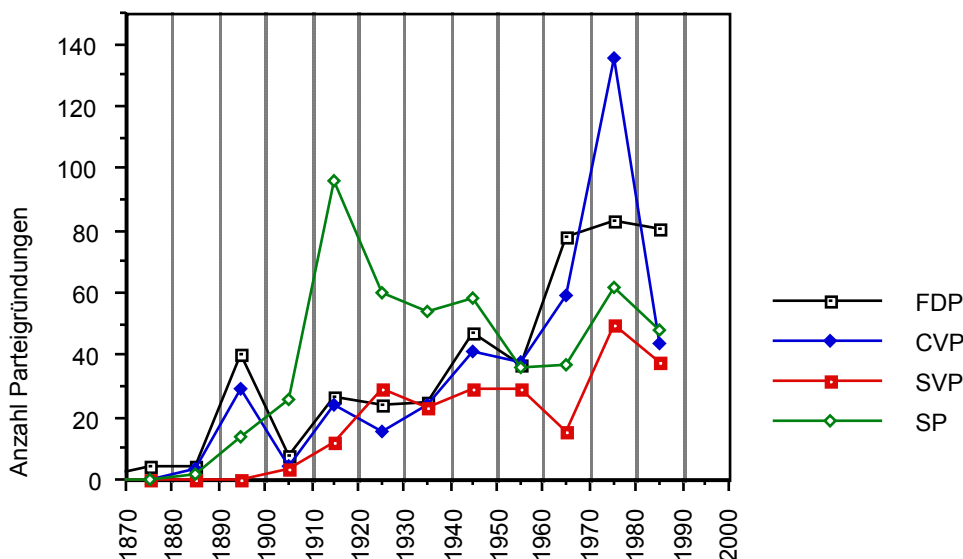
<sup>5</sup> Einige wenige Lokalsektionen der FDP geben an, bereits zwischen 1840 und 1850 entstanden zu sein. Hier dürfte es sich um Lese- und Diskussionszirkel gehandelt haben, welche als Vorgängerorganisationen der FDP bezeichnet werden können.

Das System der Schweizer Lokalparteien ist also verhältnismässig alt, es ist jedoch seit den 60er Jahren nochmals kräftig ausgebaut worden. Verantwortlich dafür sind nicht nur neue politische Parteien und Gruppierungen, sondern auch die traditionellen Parteien, welche ihr Netz von Lokalparteien noch weiter zu verfeinern vermochten.

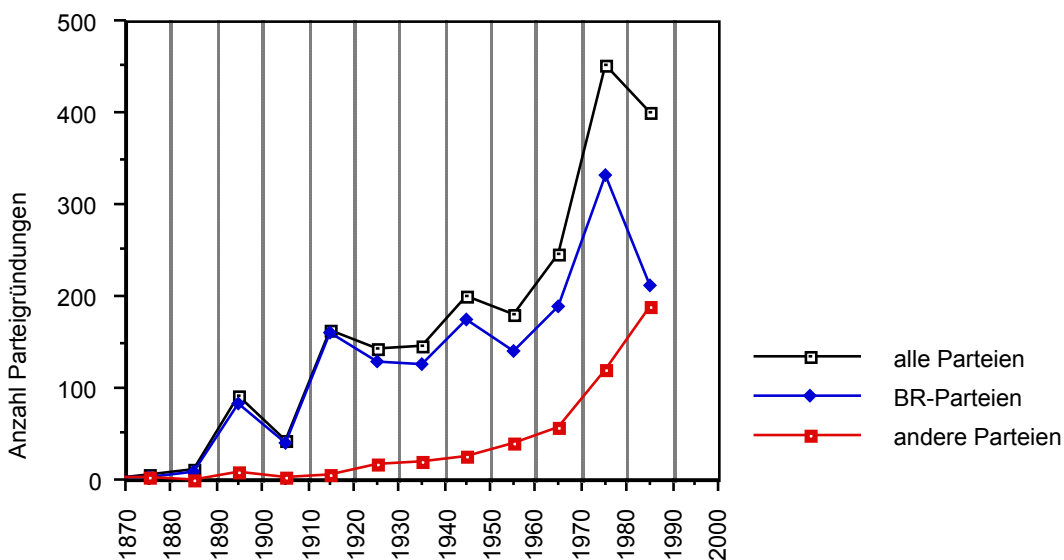
Der Ausbau des lokalen Parteiensystem ist eng verknüpft mit der Gangart der lokalpolitischen Auseinandersetzungen. Lokalpolitik ist in den letzten Jahrzehnten ohne Zweifel politischer geworden, die Vorstellung von ideologiefreier Sachpolitik wird heute kaum mehr aufrecht erhalten (vgl. z.B. Holtmann 1990: 11; Holtmann 1992: 13; Ladner 1991: 213; Schaller 1994).

**Grafik 1:** Die Herausbildung des lokalen Parteiensystems

Die vier Bundesratsparteien



Bundesratsparteien und andere Parteien/Gruppierungen



Quelle: Lokalparteipräsidentenbefragung 1990 (N=2100)

In den 70er Jahren wurde das quantitative Wachstum der Gemeinden durch eine qualitative Weiterentwicklung ersetzt. Die Bürgerinnen und Bürger reagieren zusehends sensibler auf Fragen, die ihre unmittelbare Lebensumwelt betreffen, und durch die steigende Bedeutung von Umweltfragen sind ursprünglich sachorientierte Infrastrukturaufgaben (Wasser,

**Tabelle 1:** *Parteiengründungen und Parteiaufösungen nach Aussagen der Gemeindeschreiber (Anzahl und Prozentanteil)*

Abwasser, Kehricht, kommunales Bauen) politisiert worden. In immer wichtiger werdenden Bereichen, wie beispielsweise der Sozialpolitik, der Alterspolitik, der Jugendpolitik und der Drogenpolitik, treffen verstärkt unterschiedliche Interessenstandpunkte und Wertpräferenzen aufeinander. Kritische kommunale Aufgabenfelder werden parteipolitisch besetzt (Holtmann 1992: 19).

Auf nationalem Niveau machen sich in den letzten Jahren auch im Schweizer Parteiensystem Erosionstendenzen bemerkbar. Der Anteil der Leute mit festen Parteibindungen geht zurück und die Stammwählerschaft der Parteien sinkt.<sup>6</sup> Von ganz besonderem Interesse ist nun die Frage, ob die Parteipolitisierung der Lokalpolitik und der Ausbau des lokalen Parteiensystems der 70er und 80er Jahre in den 90er Jahren fortschreitet, oder ob sich Anzeichen einer "Parteienverdrossenheit" auch auf kommunaler Ebene ausmachen lassen.

Zur Beantwortung dieser Frage stütze ich mich auf die Ergebnisse zweier gesamtschweizerischen Befragungen der Gemeindeschreiber (vgl. Fussnote 2). Insbesondere interessiert uns die Parteigründungen und -auflösungen in den Gemeinden zwischen 1989 und 1994, die in den Gemeinden organisierten Gruppierungen in den Jahren 1988 und 1994 sowie die Parteizugehörigkeit der Exekutivmitglieder in den beiden Erhebungszeitpunkten.

In den in der Gemeindeschreiberbefragung 1994 erfassten Gemeinden stehen sich in den letzten 5 Jahren 551 *Parteiengründungen* und 179 *Parteiaufösungen* gegenüber (vgl. Tabelle 1). Hochgerechnet kann auf-

---

<sup>6</sup> Während sich zu Beginn der 80er Jahre noch gegen 50 Prozent der Stimmberechtigten mit einer Regierungspartei identifizierten, so waren es 1994 noch knapp 40 Prozent. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten geben in den 90er Jahren an, dass sie sich mit keiner Partei identifizieren. Dies sind zwar etwas weniger als im "Krisenjahr" 1986, aber deutlich mehr als zu Beginn der 80er Jahre (vgl. Longchamp 1994: 21).



	Neugründungen		Auflösungen	
	Anzahl	%-Anteil	Anzahl	%-Anteil
<i>insgesamt</i>	551	12.1	179	3.8
<i>Stadt</i>	242	12.5	89	4.4
<i>Land</i>	255	12.0	70	3.2
<i>Deutschschweiz</i>	368	12.1	113	3.6
<i>Westschweiz</i>	61	10.2	29	4.6
<i>Tessin</i>	68	16.3	17	3.9

Quelle: Gemeindegliederungsbefragung 1994 (N = rund 2000 Gemeinden)

grund dieser Angaben in der Schweiz von rund 750 Neugründungen und 260 Auflösungen ausgegangen werden. Weiter zeigt sich, dass in sämtlichen drei Landesteilen heute mehr Lokalparteien vorhanden sein müssten als noch vor einigen Jahren und dass zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden<sup>7</sup> diesbezüglich keine grossen Unterschiede bestehen. Zudem liesse sich auch zeigen, dass der ausgewiesene Anteil der Neugründungen in sämtlichen Kantonen den Anteil der Parteiauflösungen überwiegt.

Von den Parteien verzeichnen die Autopartei (AP) und die Lega, welche erst in der Untersuchungsperiode in Entstehung begriffen waren, am meisten Neugründungen (vgl. Tabelle 2). Auch bei den Grünen (GPS) wurde mit einem Drittel ein beachtlicher Anteil ihrer Lokalsektionen erst nach 1988 gegründet. Von den vier Bundesratsparteien weist die SVP die grösste Zahl an Neugründungen auf und die CVP die kleinste. Auffallend sind schliesslich auch die verhältnismässig vielen neuen Gruppierungen in der Kategorie der gemeindegewandten Gruppierungen. Mehr Parteiauflösungen als -neugründungen gilt es lediglich für den Landesring (LDU) und für die Gruppierungen der extremen Linken zu vermelden. Die meisten Auflösungen der vier Bundesratsparteien beklagt die SPS.

Betrachten wir die Gemeinden, in denen Parteien gegründet oder aufgelöst worden sind, so zeigt sich für die Bundesratsparteien, dass vor allem in den kleineren Gemeinden Lokalsektionen aufgelöst wurden, während in den grösseren Gemeinden nach wie vor Neugründungen stattfinden. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Gemeinden mit Parteiauflösungen beträgt rund 2300, diejenige der Gemeinden mit Neugründungen 4200. Anders sieht es bei den kleineren nationalen Parteien aus. Hier sind die Gemeinden mit Parteiauflösungen deutlich grösser als die Gemeinden mit Neugründun-

<sup>7</sup> Die Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden stützt sich auf die entsprechende Aufteilung des Bundesamtes für Statistik (vgl. Bundesamt für Statistik 1994: 95 ff.). Zu den städtischen Gemeinden gezählt werden 48 Agglomerationsgebiete und 9 isolierte Städte.

gen. Dies ist nicht zuletzt auf das Verschwinden der Gruppierungen auf der extremen linken Seite des politischen Spektrums (POCH, SAP) zurückzuführen, welche vor allem in den Zentren organisiert waren.

Ein anderes Bild vom Wandel im lokalen Parteiensystem ergibt sich jedoch, wenn wir die Gemeindeschreiber nach der *Existenz von politischen Gruppierungen* in ihrer Gemeinde fragen. Im Jahre 1988 waren nach ihren Angaben in 72.4 Prozent der Gemeinden Lokalsektionen von Parteien oder andere politische Gruppierungen, die Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter aufstellen, organisiert. Sechs Jahre später lag der Anteil der Gruppierungen, die sich an Wahlen beteiligen noch bei 65.4 Prozent

**Tabelle 2:** *Parteieneugründungen und Parteiaufösungen nach Aussagen der Gemeindeschreibern, nach Parteien (Anzahl und Prozentanteil)*

	Neugründungen		Auflösungen	
	Anzahl	%-Anteil	Anzahl	%-Anteil
<i>I. Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien</i>				
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	37	3.8	9	0.9
Christlich-demokratische Partei (CVP)	14	1.7	8	1.0
Schweizerische Volkspartei (SVP)	46	7.7	10	1.6
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)	34	4.4	25	3.1
<i>II. Lokalsektionen anderer "nationaler" Parteien</i>				
Christlich-soziale Partei (CSP)	6	5.6	2	1.8
Landesring der Unabhängigen (LdU)	13	13.3	30	23.4
Evangelische Volkspartei (EVP)	7	6.2	3	2.6
Liberale Partei der Schweiz (LPS)	7	8.0	2	2.2
Grüne Partei der Schweiz (GPS)	30	36.6	7	7.9
äussere Linke (PSA/POCH/PdA/SAP)	1	6.3	20	55.6
äussere Rechte (REP, SD, EDU)	15	53.6	4	12.5
Autopartei (AP)	48	70.6	0	0.0
Lega dei Ticinesi (Lega)	50	92.6	0	0.0
andere Parteien	62	38.8	18	10.1
<i>III. Gemeindespezifische Gruppierungen</i>				
grün-alternative Gruppierungen	36	31.9	6	5.0
Orts- und Gemeindevereine	47	23.7	18	8.3
Wählervereinigungen	52	36.6	8	5.3
andere	46	38.0	9	6.9
<i>Total</i>	551	12.1	179	3.8

*Quelle:* Gemeindeschreiberbefragung 1994 (N = rund 2000 Gemeinden)

(vgl. Tabelle 3).<sup>8</sup> Dabei sind es vor allem die kleinen und kleinsten Gemeinden, die deutlich weniger häufig die Präsenz lokalpolitischer Gruppierungen ausweisen. Ab 1000 Einwohnern ist der Anteil der Gemeinden, welche organisierte politische Gruppierungen kennen, gleichgeblieben.

**Tabelle 3:** Existenz politischer Gruppierungen in den Gemeinden 1988 und 1994, nach Gemeindegrösse (vergleichbare Gemeinden, Prozentanteile)

	1988	1994	N=
<i>alle Gemeinden</i>	72.4	65.4	1745
<i>1-249</i>	41.5	21.5	325
<i>250-499</i>	49.7	36.8	302
<i>500-999</i>	69.3	63.8	326
<i>1'000-1'999</i>	90.0	89.4	310
<i>2'000-4'999</i>	98.3	97.6	296
<i>5'000-9'999</i>	98.2	100.0	111
<i>10'000-19'999</i>	100.0	100.0	58
<i>20'000-49'999</i>	90.9	100.0	11
<i>50'000-99'999</i>	100.0	100.0	2
<i>100'000-</i>	100.0	100.0	4

Quelle: Gemeindegliederbefragung 1988 und 1994.

Grundsätzlich nicht auszuschliessen ist, dass zwar der Anteil der Gemeinden mit politischen Gruppierungen zurückgegangen ist, dass jedoch die Gesamtzahl der Gruppierungen nicht abgenommen hat, weil in Gemeinden mit politischen Gruppierungen zusätzliche Gruppierungen entstanden sind. Aus diesem Grund gilt es auch die *Anzahl der politischen Gruppierungen* in den Gemeinden zu berücksichtigen.

Je nach Berechnungsart wurden 1994 im Vergleich zu 1988 zwischen 1.8 Prozent und 2.9 Prozent weniger lokalpolitische Gruppierungen ausgewiesen. In den vergleichbaren Gemeinden (d.h. in den Gemeinden, die an beiden Untersuchungen teilgenommen haben) ist die Zahl der Gruppierungen um 121 Einheiten zurückgegangen (vgl. Tabelle 4). Hochgerechnet dürfte die Gesamtzahl der Gruppierungen von etwas über 6000 im Jahre 1988 auf etwas unter 6000 Gruppierungen gesunken sein.

<sup>8</sup> Der Vergleich der beiden Untersuchungen ist methodisch nicht ganz unproblematisch. Da es sich um Gesamtbefragungen und nicht um repräsentative Stichproben handelt und Verzerrungen im Antwortverhalten nicht ausgeschlossen werden können, lassen sich weder die absoluten noch die prozentualen Werte ohne weiteres vergleichen. Grundsätzlich stehen zwei Möglichkeiten offen: Die Angaben können jeweils auf sämtliche Gemeinden hochgerechnet werden, oder man beschränkt sich auf diejenigen Gemeinden, die sich an beiden Umfragen beteiligt haben. In der Regel wird hier die zweite, "konservativere" Vorgehensweise gewählt.

Aus Tabelle 4 geht weiter hervor, dass die Zahl der Gruppierungen nur in den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern zurückgegangen ist, während sie in den grösseren Gemeinden sogar zugenommen hat. Besonders ausgeprägt war der Rückgang in den Gemeinden mit weniger als 250 Einwohnern, in denen sich nach Angaben der Gemeindeglieder der Bestand der politischen Gruppierungen auf die Hälfte reduzierte, und in den Gemeinden mit 250 bis 500 Einwohnern, in denen rund 30 Prozent der Gruppierungen verschwunden sind.

Die Zahl der Gruppierungen zu den beiden Erhebungszeitpunkten aufgeschlüsselt nach Gemeindegrösse zeigt auch, dass das System der lokalpolitischen Gruppierungen einem stärkeren Wandel unterworfen ist, als dies die Nettoveränderung vermuten lässt. In den 1745 vergleichbaren Gemeinden

**Tabelle 4:** Anzahl politische Gruppierungen in den Gemeinden 1988 und 1994, nach Gemeindegrösse (in den 1745 vergleichbaren Gemeinden)

Anzahl Gruppierungen	1988	1994	Veränderung
<i>alle Gemeinden</i>	4182	4061	121
<i>1-249</i>	331	162	-169
<i>250-499</i>	400	278	-122
<i>500-999</i>	578	563	-15
<i>1'000-1'999</i>	805	826	21
<i>2'000-4'999</i>	1032	1131	99
<i>5'000-9'999</i>	531	561	30
<i>10'000-19'999</i>	370	402	32
<i>20'000-49'999</i>	79	83	4
<i>50'000-99'999</i>	17	19	2
<i>100'000-</i>	39	36	-3

Quelle: Gemeindegliederbefragung 1988 und 1994.

sind mindestens 309 Gruppierungen verschwunden und 188 neu entstanden. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl der Gemeinden kann von mehr als 500 Parteiauflösungen und gegen 300 Neugründungen ausgegangen werden.

Berücksichtigt man zusätzlich zur Gemeindegrösse auch die Sprachregion, so lässt sich zeigen, dass sich in allen drei Landesteilen Erosionstendenzen bemerkbar machen und dass auch in den kleinen Deutschschweizer Gemeinden die Zahl der Gruppierungen leicht rückläufig ist. Auch wenn dieser Rückgang auf die gesamte Zahl der Gruppierungen sehr bescheiden ausfällt, so kann zumindest auch hier nicht von einer weiteren Expansion des lokalen Parteiensystems gesprochen werden. In den Tessiner Gemeinden finden sich in allen Gemeindegrössenkategorien heute weniger Grup-

pierungen als vor sechs Jahren, während sich in den Westschweizer Gemeinden der Rückgang auf die Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner beschränkt.

Aufgegliedert nach Kantonen ist es vor allem der Kanton Waadt, der in den letzten sechs Jahren nahezu die Hälfte seiner lokalpolitischen Gruppierungen "verloren" hat. Auch in den Kantonen Freiburg, Jura, Tessin, Genf und Wallis ist die Zahl der Gruppierungen rückläufig. Als einziger Westschweizer Kanton konnte Neuenburg seine Zahl der Gruppierungen leicht steigern. In der Deutschschweiz kennen nur die Kantone Uri, Basel-Stadt, Appenzell-Ausserrhoden und Graubünden einen grösseren Verlust von Gruppierungen, wobei aufgrund der geringen Anzahl an Gruppierungen in den drei erstgenannten Kantonen eigentlich nur im Kanton Graubünden von einem Verschwinden einer grösseren Zahl an Gruppierungen gesprochen werden kann. Die grössten Zuwachsraten in der Deutschschweiz haben die Kantone Glarus, Obwalden und Thurgau.

Welches sind die Parteien, die nach Angaben der Gemeindeglieder über die Existenz von politischen Gruppierungen am stärksten an Lokalsektionen verloren haben? In den vergleichbaren Gemeinden wurden 1994 für praktische sämtliche auf nationaler Ebene vertretenen Parteien eine geringere Anzahl an Lokalsektionen ausgewiesen (Tabelle 5). Einzig die Autopartei und die Lega, welche 1988 noch nicht auf lokaler Ebene organisiert waren, verzeichnen einen Zuwachs an Sektionen. Unter den vier Bundesratsparteien die grössten Verluste beklagen FDP und SVP, aber auch die SPS hat heute deutlich weniger Lokalsektionen als noch vor sechs Jahren.

**Tabelle 5:** Politische Gruppierungen in den Schweizer Gemeinden 1988 und 1994  
(Anzahl Gruppierungen, vergleichbare Gemeinden)

	1988	1994	Veränd. in %
<i>I. Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien</i>			
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	966	863	-10.7
Christlich-demokratische Partei (CVP)	745	715	-4.0
Schweizerische Volkspartei (SVP)	607	545	-10.2
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)	757	691	-8.7
<i>II. Lokalsektionen anderer "nationaler" Parteien</i>			
Christlich-soziale Partei (CSP)	152	92	-39.5
Landesring der Unabhängigen (LdU)	108	92	-14.8
Evangelische Volkspartei (EVP)	98	106	8.2
Liberale Partei der Schweiz (LPS)	78	76	-2.6
Grüne Partei der Schweiz (GPS)	81	74	-8.6
Grünes Bündnis Schweiz (GBS)	34		-100.0
äussere Linke (PSA/POCH/PdA/SAP)	40	13	-67.5
äussere Rechte (REP, SD, EDU)	28	25	-10.7
Autopartei (AP)	0	62	100.0
Lega dei Ticinesi (Lega)	0	51	100.0
Partito Socialista Unitario (PSU)	65	0	-100.0
<i>III. Gemeindespezifische Gruppierungen</i>			
grün-alternative Gruppierungen	43	107	148.8
Orts- und Gemeindevereine	54	173	220.4
Wählervereinigungen	91	130	42.9
Parteien regionaler Bedeutung	63	141	123.8
anderes	172	105	-39.0
<i>Total</i>	4182	4061	-2.9

Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1988 und 1994.

Erstaunlich ist hier, dass die CVP, welche sich zur Zeit nicht gerade auf Erfolgskurs befindet, den geringste Rückgang ausweist. Dies dürfte mit ihrer ausserordentlich starken Verankerung in ihren Stammlanden zusammenhängen. In vielen katholischen Gemeinden vermögen auch massivere Wählerstimmenverluste die Verankerung der CVP noch nicht zu gefährden. Beachtenswert ist sicher auch der Rückgang der Sektionen der extremen Linken, die jedoch ausserhalb der Städte kaum lokal organisiert waren. Die Lokalparteien, welche 1988 dem Grünen Bündnis zuzurechnen waren, sind teilweise zur Grünen Partei gewechselt oder fallen heute in die Kategorie der lokalen grün-alternativen Gruppierungen.

Zu den Gewinnern gehören ganz klar die gemeindespezifischen Gruppierungen. Vor allem die Orts- und Gemeindevereine haben sich mehr als ver-

dreifach. Aber auch grün-alternative Gruppierungen und Parteien regionaler Bedeutung sind heute in den Gemeinden deutlich häufiger anzutreffen. Die tiefste Zuwachsrate mit immerhin noch rund 40 Prozent verzeichnen die Wählervereinigungen. Auch wenn die prozentualen Zunahmen bei den gemeindespezifischen Gruppierungen spektakulär wirken, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr Gewicht an der Gesamtzahl der lokalpolitischen Gruppierungen nach wie vor gering ist. Die Zahl der SP-Lokalsektionen liegt beispielsweise immer noch über der Zahl sämtlicher gemeindespezifischer Gruppierungen.

Obschon Existenz und Anzahl der Gruppierungen in den beiden Befragungen nicht auf die genau gleiche Art und Weise erhoben wurden,<sup>9</sup> so deuten diese Angaben doch darauf hin, dass heute eher in weniger Gemeinden politische Gruppierungen organisiert sind als noch vor einigen Jahren.

Insgesamt stellt sich aber das Problem, dass Parteiauflösungen und Parteineugründungen in den letzten fünf Jahren hochgerechnet auf einen Nettowachstum von gegen 500 Gruppierungen schliessen lassen, während der Bestand der Gruppierungen in den beiden Erhebungszeitpunkten 1988 und 1994 darauf hindeutet, dass die Gesamtzahl der Gruppierungen um rund 200 Einheiten geschrumpft ist. Die scheinbar einfache Frage nach der Veränderung der Zahl der politischen Gruppierungen ist also empirisch alles andere als einfach zu beantworten.<sup>10</sup> Wie sind diese divergierenden Ergebnisse zu erklären?

Nicht ganz entkräften lässt sich der Verdacht, dass die Zahl der Parteineugründungen im Verhältnis zu den Auflösungen überschätzt wird. Der Grund dafür liegt darin, dass Parteigründungen in der Regel grössere Wellen schlagen und an die Öffentlichkeit getragen werden, während es sich bei Parteiauflösungen um langwierige Prozesse handelt, die kaum zur Kenntnis genommen werden. Dieses Phänomen macht sich übrigens auch bei der Erfassung von Mitgliederzahlen bemerkbar. Während Neueintritte freudig registriert werden, so werden Abgänge oft kaum wahrgenommen, so dass die

---

<sup>9</sup> In der ersten Befragung wurde nach Lokalparteien gefragt, welche in der Gemeinde organisiert sind, sowie in zwei weiteren Fragen nach anderen politischen Gruppierungen, welche sich an Wahlen beteiligen oder sonst im politischen Leben der Gemeinde eine Rolle spielen. In der zweiten Befragung wurde nur noch nach Gruppierungen gefragt, welche sich mit Kandidaten an Gemeindewahlen beteiligen, wobei es uns aufgrund der Ergebnisse der ersten Befragung möglich war, eine umfassendere Liste von Gruppierungen (nicht nur Lokalsektionen von nationalen Parteien) vorzugeben, so dass die Gemeindeschreiber die Existenz der Gruppierungen nur noch mit einem Kreuz bestätigen mussten und nicht mehr den Namen der Gruppierung hinschreiben hatten. Erfahrungsgemäss wird schneller etwas angekreuzt als niedergeschrieben, so dass Verzerrungen durch eine allfällige restriktivere Fragestellung in der zweiten Befragung teilweise korrigiert werden.

<sup>10</sup> In der Tat haben auch die Kantonal- und Bundesparteien Schwierigkeiten, die Zahl ihrer lokalen Subeinheiten genau zu beziffern. Die Sekretariate der kantonalen und nationalen Parteien weisen in diesem Zusammenhang auch immer wieder darauf hin, dass ein beachtlicher Anteil ihrer Lokalsektionen nicht wirklich aktiv ist.

Parteien auch bei stagnierenden oder gar rückläufigen Mitgliederzahlen einen Überschuss an Eintritten vermelden.

Aber auch die Frage nach der Existenz von Gruppierungen liefert keine absolut verlässlichen Ergebnisse. Auch hier handelt es sich um ein Problem der Wahrnehmung. Ob in einer Gemeinde überhaupt politische Gruppierungen organisiert sind, ist manchmal gar nicht einfach festzustellen. Gerade bei Lokalparteien, die für mehrere Gemeinden zuständig sind, besteht die Gefahr, dass bei Befragungen der einzelnen Gemeinden einige Parteiorganisationen mehrfach gezählt werden. Verlieren solche Parteien an Bedeutung, so werden sie in einzelnen Gemeinden in ihrem Einzugsgebiet nicht mehr wahrgenommen, obwohl sie eigentlich formal noch existieren. Vor allem bei Parteien mit kleinen Mitgliederzahlen und einem tiefen Aktivitätsniveau ist es zudem generell schwierig abzuklären, ob es diese Parteien überhaupt noch gibt. In Zeiten, in denen die Parteien eher an Popularität einbüßen, werden sie sich stärker im Hintergrund halten und kaum mehr in Erscheinung treten, so dass sie – obwohl zwar faktisch noch existent – nicht mehr erfasst werden. In diesem Sinne ist anzunehmen, dass 1988, als die Grundstimmung den Parteien gegenüber noch positiver war, die Zahl der Lokalsektionen leicht überschätzt wurde, und dass in Kantonen mit vielen kleinen Gemeinden, in denen die Parteien nur auf Bezirksebene organisiert sind, etwas mehr Parteiorganisationen ausgewiesen wurden als effektiv existieren. Dass es 1994 vermutlich weniger häufig zu solchen Doppelzählungen gekommen ist, ist also ein Hinweis darauf, dass die Bedeutung der Lokalparteien eher zurückgegangen ist.

Auch wenn über die genaue Zu- oder Abnahme der Gesamtzahl lokalpolitischer Gruppierungen in den Schweizer Gemeinden aufgrund dieser Ergebnisse nicht abschliessend entschieden werden kann, so kann festgehalten werden, dass auf dem Niveau der lokalpolitischen Gruppierungen durchaus eine gewisse Dynamik besteht und Parteien auch heute noch neu gegründet respektive aufgelöst werden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit unzutreffend ist jedoch die Vorstellung, dass die traditionellen Parteien ihr bereits sehr dichtes Netz an Lokalsektionen noch massiv ausbauen. Vielmehr werden einige Löcher gestopft und es entstehen, vor allem auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums, Lokalsektionen von Parteien, die bis anhin auf lokaler Ebene noch kaum organisiert waren. Ebenfalls im Trend liegen gemeindespezifische Gruppierungen. Für die grossen Parteien und vor allen in den kleineren Gemeinden dürfte insgesamt eher eine Phase der Stagnation oder gar ein leichter Bedeutungsrückgang eingetreten sein.



**Tabelle 6:** Sitzanteile der Parteien in den kommunalen Exekutiven 1988 und 1994 (vergleichbare Gemeinden)

	1988	1994	Veränd. in %
<i>I. Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien</i>			
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	22.8	21.3	-1.5
Christlich-demokratische Partei (CVP)	22.8	19.9	-2.9
Schweizerische Volkspartei (SVP)	17.7	16.5	-1.1
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)	11.7	10.7	-1.0
<i>II. Lokalsektionen anderer "nationaler" Parteien</i>			
Christlich-soziale Partei (CSP)	2.3	2.1	-0.2
Landesring der Unabhängigen (LdU)	0.4	0.3	-0.1
Evangelische Volkspartei (EVP)	0.5	0.6	0.1
Liberale Partei der Schweiz (LPS)	1.2	1.4	0.2
Grüne Partei der Schweiz (GPS)	0.2	0.2	0.0
äussere Linke (PSA/POCH/PdA/SAP)	0.1	0.0	-0.1
äussere Rechte (REP, SD, EDU)	0.0	0.1	0.1
Autopartei (AP)	0.0	0.0	0.0
Lega dei Ticinesi (Lega)	0.0	0.1	0.1
<i>III. Gemeindespezifische Gruppierungen</i>			
Orts- und Gemeindevereine		1.3	
Wählervereinigungen		1.6	
grün-alternative Gruppierungen		0.2	
andere Gruppierungen		1.0	
andere Parteien	2.7	1.2	-1.5
Parteilose	17.7	21.7	4.0
<i>Total</i>	100.0	100.0	
<i>N=</i>	8272	8276	

Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1988 und 1994.

Anzeichen für einen Bedeutungsverlust der grossen Parteien liefert auch der Blick auf die *Parteimitgliedschaft der Exekutivmitglieder* in den Gemeinden (Tabelle 6). Die auf nationaler Ebene vertretenen Parteien haben, abgesehen von wenigen Ausnahmen, Sitze verloren. In dieser Betrachtungsweise machen sich auch die aktuellen Probleme der CVP besser bemerkbar; sie hat von den vier Bundesratsparteien die grössten Sitzverluste zu verzeichnen. Die anteilmässigen Veränderungen bei den anderen "nationalen Parteien" sind demgegenüber äusserst bescheiden. Dies hängt vor allem auch damit zusammen, dass diese Parteien vorwiegend in den weniger zahlreichen grösseren Gemeinden eine politische Rolle spielen und für den grössten Teil der rund 18'000 Exekutivsitze gar nicht kandidieren. Aus erhebungstechni-

schen Gründen nicht genau verglichen werden können die Sitzanteile der gemeindespezifischen Gruppierungen. Insgesamt dürften sie ihren Sitzanteil um knapp drei Prozent gesteigert haben, wobei vor allem Orts- und Gemeindevereine und Wählervereinigungen Sitze zugelegt haben. Grünalternative Exekutivmitglieder bleiben in den lokalen Exekutiven nach wie vor eine grosse Seltenheit. Mit einer Zunahme von vier Prozent am deutlichsten an Sitzen gewonnen haben schliesslich die Parteilosen.<sup>11</sup> Sie bilden heute mit einem Anteil von über 20 Prozent die stärkste "Partei" in den kommunalen Exekutiven.

Aufgeschlüsselt nach Gemeindegrösse zeigt sich, dass die Sitzanteile der vier Bundesratsparteien vor allem in den kleinen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern dramatisch abgenommen haben (vgl. Tabelle 7). Aber auch in den grösseren Gemeinden ist der Anteil der Bundesratsparteien rückläufig. Diese Verluste fallen zum einen den Parteilosen zu, welche in den Gemeinden mit weniger als 2'000 und mit mehr als 10'000 Einwohnern ihre Sitzanteile verbessern konnten. Ebenfalls zugelegt haben die "anderen Parteien/Gruppierungen". In dieser Kategorie sind sowohl die Sektionen der anderen nationalen Parteien wie auch die gemeindespezifischen Gruppierungen zusammengefasst, wobei, wie der vorangehenden Tabelle zu entnehmen ist, die Sektionen der anderen nationalen Parteien nicht in grossem Masse für die Sitzgewinne verantwortlich sein können.

Unterscheidet man schliesslich nach Sprachregionen, so bestätigt sich, dass die festgestellten Wandlungstendenzen in allen drei Sprachgebieten in dieselbe Richtung laufen: Die Bundesratsparteien verlieren an Sitzanteilen, die "anderen Parteien und Gruppierungen" und die Parteilosen bauen ihre Stellung aus. Besonders ausgeprägt sind die Veränderungen im Welschland, aber auch im Tessin sind die Verschiebungen ausgeprägter als in der Deutschschweiz.

---

<sup>11</sup> Nach Holtmann (1992: 22) zeigt sich auch in Deutschland der Trend, dass die Parteien immer häufiger Parteilose aufstellen, um Wählerverluste zu vermeiden.

**Tabelle 7:** Sitzanteile der Parteien in den kommunalen Exekutiven 1988 und 1994, nach Gemeindegrösse (vergleichbare Gemeinden)

	Bundesratsparteien		Andere Parteien/ Gruppierungen		Parteilose	
	94	Veränd. zu 88	94	Veränd. zu 88	94	Veränd. zu 88
-100	37.7	-30.5	3.2	1.2	59.1	29.3
100-250	42.5	-15.1	8.7	5.2	48.7	9.9
251-500	46.3	-12.7	9.1	3.1	44.6	9.6
501-2'000	72.2	-3.9	6.4	1.8	21.4	2.0
2'001-5'000	85.2	-4.2	9.3	4.6	5.5	-0.4
5'001-10'000	89.4	-1.5	8.3	2.0	2.3	-0.5
10'001-	87.4	-3.0	10.2	1.4	2.4	1.6

N 1988 = 8219 Sitze, N 1994 = 8221 Sitze

Quelle: Gemeindeschreiberbefragung 1988 und 1994.

Mit gebührender Vorsicht kann hinsichtlich der Entwicklung der politischen Gruppierungen in den Gemeinden folgendes Fazit gezogen werden. Die Auswirkungen des politischen Wandels machen sich je nach Grösse der Gemeinde in unterschiedlicher Form bemerkbar. In den ländlichen Gemeinden geht die Zahl der Lokalparteien eher zurück und immer mehr Parteilose werden in die Exekutive gewählt. Die Erosion traditioneller Verhaltensformen führt dazu, dass sich die Parteien heute nicht mehr auf die kontinuierliche Unterstützung ganzer Familien und Dörfer abstützen können. Aufgrund der kleineren Rekrutierungsbasis in den Kleinstgemeinden führt die Abnahme der Parteibindungen, wie sie auf nationalem Niveau immer wieder festgestellt wird, zu einem Bedeutungsverlust der Lokalparteien. In den interessensegmentierten, parteipolitisch organisierten, grösseren Gemeinden geht die Zahl der Parteien nicht zurück, es kommt vielmehr auch heute noch zur Gründung neuer Gruppierungen und die Zahl der Gruppierungen nimmt zu. Zu einem grossen Teil für die Neugründungen verantwortlich sind Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums (Freiheitspartei, Lega). In den mittelgrossen Gemeinden handelt es sich bei den neuen Gruppierungen vielfach um gemeindespezifische Gruppierungen und nicht um Lokal-sektionen von Parteien, die auch auf nationaler Ebene aktiv sind. Zwischen den Landesteilen gibt es jedoch nicht unwesentliche Unterschiede zu beachten. Während im Tessin in sämtlichen Gemeindegrössen-kategorien die Zahl der Gruppierungen rückläufig ist, so liegt die kritische Grenze zwischen den unterschiedlichen Entwicklungsmustern in den Westschweizer Gemeinden bei 2000 und in den Deutschschweizer Gemeinden bei 500 Einwohnern.

## **Das Verhältnis der Lokalparteien zu ihrer Kantonalpartei und die Zukunft der politischen Parteien**

Für die Kantonalparteien und natürlich auch für die Bundespartei sind die Lokalparteien von grosser Bedeutung. In der Regel kann man nur über die Mitgliedschaft in einer Lokalpartei Mitglied einer Partei werden. Die Lokalparteien erheben Mitgliederbeiträge und leiten einen Teil davon an die Parteien auf höherer Ebene weiter. Und schliesslich rekrutieren sich aus den Lokalparteien die Politikerinnen und Politiker in Bund und Kantonen.

Wie das für einen föderalistischen Staat mit weitgehend autonomen Gemeinden nicht weiter erstaunt, operieren in der Schweiz die einzelnen Parteiebenen relativ unabhängig voneinander. Die Parteien auf höherer Ebene äussern denn auch immer wieder den Wunsch, ihre Lokalparteien stärker in die gesamte Parteiarbeit einbinden zu wollen, während die Lokalparteien teilweise sehr zurückhaltend sind, Anzahl und Adressen ihrer Mitglieder an die höhere Parteiebene weiterzumelden.

Für das Erscheinungsbild einer Partei und für ihre konkrete politische Arbeit ist es nicht unwesentlich, dass es ihr gelingt, ihre Lokalsektionen auf die gleichen politischen Ziele zu verpflichten. Dies scheint alles andere als einfach zu sein. Die grossen Schwierigkeiten, die die Bundesparteien gelegentlich haben, ihre Kantonalparteien hinter eine gemeinsame Abstimmungsparole zu sammeln, unterstreichen diese Problematik.

Auch die Antworten der lokalen Parteipräsidenten auf die Frage, ob sich ihre Ortspartei durch die politische Linie und durch das Programm der Kantonalpartei beeinflussen lässt, fallen für die Kantonalparteien ernüchternd aus. Rund zwei Drittel der Auskunftspersonen sämtlicher Gruppierungen bezeichnen die Bedeutung der politischen Linie der kantonalen Partei und des kantonalen Parteiprogramms als mässig. Ihre Lokalsektionen stützen sich nur darauf, wenn sie es wirklich nötig haben.

Allerdings gibt es zwischen den Parteien gewisse Unterschiede. Am wichtigsten ist die politische Linie der Kantonalpartei für die Sektionen der SPS, am wenigsten wichtig ist sie für die Sektionen der GPS. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien liegen zwischen diesen beiden Extremen, wobei die Sektionen der CVP der politischen Linie der Kantonalpartei mehr Bedeutung beimessen als diejenigen von SVP und FDP.<sup>12</sup>

Das dichte Netz an Lokalparteien, respektive die gute Verankerung der grossen politischen Parteien (FDP, CVP, SVP und SPS) in den Gemeinden, ist ein vielfach nicht angemessen berücksichtigter Grund für die notorische politische Stabilität im Parteiensystem der Schweiz. Auch wenn es neuen

---

<sup>12</sup> Anteil Lokalsektionen, die durch das Parteiprogramm stark beeinflusst werden: GPS 17 Prozent, FDP 26 Prozent, SVP 29 Prozent, CVP 36 Prozent und SP 47 Prozent.

politischen Gruppierungen vereinzelt gelungen ist, mit für landesübliche Verhältnisse spektakulären Wahlerfolgen den grossen Parteien Konkurrenz zu machen, so konnten diese Gruppierungen nie auf eine vergleichbar gute organisatorische Verankerung in den Gemeinden bauen, so dass sie bei abflachender Konjunktur ihrer politischen Anliegen oder bei einer teilweisen Aufnahme ihrer Forderungen durch die etablierten Parteien relativ schnell wieder an Bedeutung verloren.<sup>13</sup>

In den letzten Jahren zeichnen sich im Parteiensystem jedoch Entwicklungen ab, welche die Beziehung zwischen den Lokalparteien und den Parteien auf höherer Ebene nachhaltig und vor allem in einem negativen Sinn beeinflussen. Es gibt verschiedene Anzeichen dafür, dass die Parteien immer weniger mitgliederorientierte Volksparteien mit einer festen Basis und Anhängerschaft in der Bevölkerung gleichen und sich zu professionalisierten, wählerorientierten Eliteorganisationen entwickeln, deren primäres Ziel die Wählerstimmenmaximierung ist (vgl. Katz und Mair 1990: 25).<sup>14</sup>

Die heutzutage hochgradig mediatisierte Politik verlangt, dass sich die politischen Parteien flexibel und professionell zu den anstehenden politischen Problemen äussern, ohne dass sie zuvor die Gelegenheit haben, parteiinterne Vernehmlassungen durchzuführen. Die modernen Massenmedien machen es zudem möglich, publikumswirksame Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen, ohne dass diese zuerst auf die politische Ochsentour geschickt werden müssen, so dass die unteren Parteiebenen für die Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten an Bedeutung verlieren und die Parteiämter auf den unteren Hierachiestufen an Attraktivität verlustig gehen. In dieselbe Richtung weist auch, dass die immer kostspieliger werdende Parteiarbeit immer weniger von Mitgliederbeiträgen finanziert werden kann. Ob nun staatliche Mittel oder "Sponsorbeiträge" in die Parteikassen fliessen, in beiden Fällen wird schlussendlich die Parteileitung auf Kosten ihrer Mitgliederbasis gestärkt.

Diese Entwicklungen bergen die Gefahr, dass sich die Parteiführung immer stärker von den Lokalparteien entfernt. Verstärkend wirkt sich zudem aus, dass die Entfremdung der Parteispitzen von ihrer Basis mit einer unabhängig davon verlaufenden Erosion der Parteibindungen koinzidiert. Vor allem in den ländlichen Gemeinden hat das Aufbrechen traditioneller Lebensmuster zur Folge, dass den Lokalparteien die Mitgliedschaft nicht mehr quasi über Elternhaus und Geburt erneuert wird, so dass sich nun auch hier die Basis der Parteien aufzuweichen beginnt. Waren die Lokalparteien

---

<sup>13</sup> Unter diesem Gesichtspunkt erstaunt es denn auch nicht, dass die Nicht-Regierungsparteien in den Nationalratswahlen 1995 gegenüber den grossen Parteien an Terrain eingebüsst haben.

<sup>14</sup> Für eine Weiterentwicklung und empirische Untermauerung dieser Argumentation vgl. Katz und Mair (1993, 1994).

bis anhin massgeblich für die Konstanz des politischen Systems verantwortlich, so dürften die sich abzeichnenden Wandlungstendenzen ein Verlust der politischen Stabilität nach sich ziehen und die Labilität der politischen Entscheidungen erhöhen. Inskünftig werden in der Schweiz folglich grössere Veränderungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse zu erwarten sein.

### Bibliographie

- Bundesamt für Statistik (1994). *Eidgenössische Volkszählung 1990. Die Raumgliederung der Schweiz*. Bern: BfS.
- ENGEL, Andreas (1990). "Basisbezug in der Kommunalpolitik", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25: 27-36.
- GABRIEL, Oscar W. (1991). "Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz", in OBERNDÖRFER, Dieter und Karl SCHMITT (Hg.). *Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker und Humblot, S. 371-396.
- FAGAGNINI, Hans Peter (1978). "Die Rolle der Parteien auf kantonaler Ebene", *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 28: 75-94.
- FAGAGNINI, Hans Peter (1988). "Die politischen Parteien im Struktur- und Wertewandel", *Schweizer Monatshefte* 68: 123-135.
- GESER, Hans, LADNER, Andreas, SCHALLER, Roland und Thanh-Huyen BALLMER-CAO (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.
- GRUNER, Erich (1977). *Parteien in der Schweiz* 2. Auflage. Bern: Francke.
- GRUNER, Erich (1984). "Parteien", in KLÖTI, Ulrich (Hg.). *Handbuch Politisches System der Schweiz*. Bd. 2. Bern: Haupt. S. 135-162.
- HIRSCHMANN, Albert O. (1974). *Abwanderung und Widerspruch*. Tübingen: Rohr.
- HOLTMANN, Everhard (1990). "Kommunalpolitik im politischen System der Bundesrepublik", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25: 3-14.
- HOLTMANN, Everhard (1992). "Politisierung der Kommunalpolitik und Wandlungen im lokalen Parteiensystem", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22-23: 13-22.
- HUG, Simon (1994). "La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire", in Yannis PAPADOPOULOS (éd.). *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyses des votations fédérales 1970-1987*. Lausanne: Réalités sociales, pp. 85-112.
- JOST, Ulrich (1986). "Crise historique du parti politique", *Annuaire suisse de science politique* 26: 317-332.
- JOYE, Dominique et Yannis PAPADOPOULOS (1986). "La mobilisation partisane est-elle en crise?", *Annuaire suisse de science politique* 26: 47-62.
- KATZ, Richard S. and Peter MAIR (1990). "Three Faces of Party Organization: Adaption and Change", Paper prepared for the *XII World Congress of Sociology*, Madrid 9-13 July 1990.
- KATZ, Richard S. and Peter MAIR (1993). "The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organizations", *The American Review of Politics* 14(4): 593-617.
- KATZ, Richard S. and Peter MAIR (1994). *How Parties Organize*. London: Sage.
- KRIESI, Hanspeter (1986). "Perspektiven neuer Politik. Parteien und neue soziale Bewegungen", *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 26: 333-350.

- LADNER, Andreas (1990). "Perspektiven politischer Parteien und die Parteien auf kommunaler Ebene", *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 30: 57-78.
- LADNER, Andreas (1991). *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirischen Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz*. Zürich: Seismo.
- LINDER, Wolf und Ruth NABHOLZ (1994). *Local Governance and New Democracy. The Swiss Project. Swiss national report*. Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- LONGCHAMP, Claude (1994). *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit*. GfS-Forschungsinstitut.
- NEIDHART, Leonhard (1986). "Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien", *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 26: 21-46.
- RHINOW, René R. (1986). "Funktionen und Probleme der politischen Parteien in der Schweiz", *Recht* 4: 105-119.
- RICKENBACHER, Iwan (1995). *Politische Kommunikation*. Bern: Haupt.
- SCHALLER, Roland (1994). "Die politische Orientierung der Lokalparteien", in Hans GESER et al. (Hg.). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo, S. 107-134.
- SCHARPF, Fritz W. (1977). *Politikverflechtung*. Kronberg/Ts: Athenäum Verlag.
- SCHNEIDER, Herbert (1991). *Kommunalpolitik auf dem Lande*. München: Minerva.
- SEILER, Daniel-Louis (1987). "Enjeu des partis politiques en Suisse", *Pouvoirs* 43: 115-138.
- SUCKOW, Achim (1989). *Lokale Parteiorganisationen - angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft*. Beiträge des Instituts für vergleichende Politikforschung. Universität Oldenburg.
- VOIGT, Rüdiger (1992). "Kommunalpolitik zwischen exekutiver Führerschaft und legislativer Programmsteuerung", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22-23: 3-12.
- WEHLING, Hans-Georg (1991). "'Parteipolitisierung' von lokaler Politik und Verwaltung? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik", in Hubert HEINELT und Hellmut WOLLMANN (Hg.). *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*. Basel: Birkhäuser Verlag, S. 149-166.

---

### **Mutation des partis politiques suisses au niveau local. Les tendances de développement actuelles menacent la stabilité politique**

Très significatifs dans la politique suisse, les partis locaux ont aussi contribué de façon déterminante à la stabilité politique du pays. Grâce en particulier aux institutions de la démocratie directe, ils ont pu se constituer relativement tôt et se diffuser largement. Ces dernières années cependant, les partis locaux ont aussi été le théâtre de changements importants. Dans les plus petites communes, ils ont perdu de l'importance et toujours plus d'élus hors parti siègent dans les exécutifs. Dans les moyennes et grandes communes, des groupements locaux spécifiques et des petits partis font concurrence aux partis traditionnels, même s'ils ne mettent pas encore en péril l'hégémonie des quatre partis gouvernementaux. Les évolutions au niveau communal ne sont pas

sans importance pour l'avenir des partis politiques suisses. Une perte de signification des partis locaux et un affaiblissement des liens entre ces derniers et les organisations partisans qui les chapeautent peuvent porter préjudice à la stabilité politique de la Suisse.

### **Swiss Political Parties Changing at the Local Level – Developmental Tendencies Threatening Political Stability**

Local parties have significantly contributed to the political stability of Switzerland. Direct democracy enabled these parties to form relatively early and expand extensively. The last few years however have seen great changes in the local parties. In the smallest communes they have lost importance, ceding executive seats to non-party candidates. In the medium and large communes, specialized local groupings and small parties challenge traditional parties. Even if they have not yet jeopardized the hegemony exercised by the four governmental parties, the communal-level changes are not without importance for the future of Swiss political parties. Declining importance of local parties and a weakening of their ties with national party organizations could undermine the political stability of Switzerland.

---

*Andreas LADNER, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern, Unitobler, Lerchenweg 36, CH-3000 Bern 9. E-mail: ladner@fsp.unibe.ch.*

Paper submitted 31 October 1995; accepted for publication 19 January 1996.